

TADZIO MÜLLER

GLOBALER KLIMASCHUTZ: KLAPPE, DIE SIEBZEHNTE

VON DER EWIGEN WIEDERKEHR DES GLEICHEN (VERSAGENS)

Im südafrikanischen Durban trifft sich vom 28. November bis zum 10. Dezember zum 17. Mal die Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention, kurz als COP17 bezeichnet. Selbstgesetztes Ziel des Gipfels ist es, den globalen Klimaschutz auch nach dem Ende der ersten Phase des Kyoto-Protokolls fortzuschreiben. Fast niemand geht allerdings noch davon aus, dass in Durban irgendein Deal beschlossen werden wird: weder Emissionsreduktionen, noch Ausgleichsfinanzierungen für Anpassungsmaßnahmen werden in einer nennenswerten Größe auf dem Tisch liegen. Liegen die Gründe für dieses sichere Versagen in den komplizierten Details eines möglichen Deals? Oder liegen sie vielmehr in der Struktur der Sache, in internationalen Ungleichheiten, sowie dem Wachstumswahn der kapitalistischen Wirtschaft?

Es mag unangenehm «katastrophistisch» klingen, aber wenn wir vom Klimawandel reden, kann getrost gesagt werden: es wird Alles immer schneller immer schlimmer. Weltweit steigen Treibhausgasemissionen schneller an als jemals zuvor (nachdem dieser Anstieg kurz von der Weltwirtschaftskrise gebremst worden war) und übertreffen regelmäßig die «worst case»-Szenarien des Weltklimarates; eine Studie des Potsdamer Instituts für Klimaforschung stellt endlich mit hoher Gewissheit den Zusammenhang her, dass die extremen Wetterlagen der letzten Jahre, von Dürren in Russland bis zu Überschwemmungen in China, direktes Resultat des menschengemachten Klimawandels sind; gleichzeitig steigt die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen, dem Grundstoff des Klimawandels, weiterhin enorm an, während der Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien jenseits der Zwänge von Markt- und Konzernmacht (sogar hierzulande) ins Stocken gerät.¹

COPS UND DAS KYOTO PROTOKOLL ODER: DIE TÜCKE DER DETAILS

Unter der dunklen Wolke dieser Tatsachen trifft sich im südafrikanischen Durban dieser Tage zum 17. Mal die Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP17). Es waren diese «Weltklimagipfel», welche der Welt das erste und einzige rechtlich bindende Klimaschutzabkommen bescheren, das umstrittene Kyoto-Protokoll (KP). Dieser 1997 unterzeichnete und 2005 in Kraft getretene Vertrag verpflichtet die reichen Staaten des globalen Nordens (sog. Annex 1-Länder) dazu, bis 2012 ihre Treibhausgasemissionen um fünf Pro-

zent gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 zu senken. Um dieses Ziel auf die ökonomisch möglichst billigste Art und Weise zu erreichen, wurden den Regierungen des Nordens so genannte Marktmechanismen an die Hand gegeben: der berühmte Emissionshandel, und die berüchtigten «Offsets», also die Fähigkeit, Emissionen in einem reichen Land gegen Emissionsreduktionen in einem armen Land aufzurechnen. Ende 2012 endet die erste Phase des Kyoto-Protokolls. Und nun stellt sich schon seit mehreren Klimagipfeln die Frage: Wie weiter mit dem globalen Klimaschutz nach dieser ersten Phase? Immerhin, sagen viele, ist das KP trotz seiner Schwächen das einzige globale Klimaschutzabkommen.

DAS NORD-SÜD-VERHÄLTNIS

Aus der Diskussion der Details der ersten Phase des KP könnten Hinweise, wie eine zweite KP-Periode besser gestaltet werden könnte, abgeleitet werden. Es bieten sich hier gleich mehrere Themenfelder an. Erstens die Nord-Süd-Frage: der vertragliche Rahmen des KP legt fest, dass alle Staaten der Welt eine gemeinsame Verantwortung für die Bearbeitung des Klimawandels tragen. Aber auch, dass diese Verantwortung differenziert zu betrachten ist, da die Staaten des Nordens historisch (und pro Kopf auch heute noch) sehr viel mehr Treibhausgase emittiert haben als der Süden. In diesem Rahmen erlegt das KP nun den Staaten des Nordens Reduktions-

¹ <http://www.guardian.co.uk/environment/2011/may/29/carbon-emissions-nuclearpower>, <http://www.taz.de/1/archiv/archiv?dig=2011/11/11/a0123>, <http://www.dnr.de/publikationen/umwelt-aktuell/112011/eine-vom-boom-ueberrannte-vision.html>.

pflichten auf, lässt «den Süden» aber außen vor. Nun fragen Einige, vor allem im Norden: macht es Sinn, wirtschaftlich schnell wachsende Länder wie China oder Indien nicht in die Reduktionsverpflichtungen einzubinden? Südregierungen halten dagegen, dass sie, solange der Norden nicht seine historische Verantwortung ernsthaft schultert, ihr Recht auf Entwicklung keinem internationalen Vertragswerk unterwerfen wollen und können. Um diese Frage herum entspinnt sich auch die bekannte Diskussion über die «Bremsen»: ob es denn nun eher die Schuld der USA oder die Schuld Chinas sei, dass das Weltklima noch nicht gerettet wurde.

DER MARKT FÜR EMISSIONEN

Zweitens stellt sich die Frage, ob Marktmechanismen wirklich die beste Art und Weise sind, den Klimaschutz voran zu treiben? Die Logik des Emissionshandels ist, knapp dargestellt, die folgende: nehmen wir an, wir wollen, dass die Bundesrepublik 2012 zehn Prozent weniger Treibhausgas als 2011 in die Atmosphäre pumpen soll. Nehmen wir an, dass Unternehmen A sehr billig Emissionen reduzieren kann und deswegen um 20 Prozent reduziert. Nehmen wir weiter an, dass für Unternehmen B Emissionsreduktionen sehr teuer wären, es daher gar nicht reduziert. Der Atmosphäre ist es egal, wo emittiert wird, also kann nun Unternehmen A die überzähligen Emissionsrechte (es hat ja doppelt so viel reduziert, wie rechtlich notwendig war) an Unternehmen B verkaufen. Mit anderen Worten, die Kosten des Klimaschutzes werden minimiert und mehr Klimaschutz wird belohnt. Was in der ökonomischen Logik so elegant und überzeugend klingt, sieht in der Realität aber üblicherweise ganz anders aus (klingt bekannt, oder?): Unternehmen profitieren ungerechterweise vom Verkauf der an sie oft *kostenlos* ausgeschütteten Emissionsrechte²; der Markt für diese Rechte ist extrem instabil, Preisschwankungen reduzieren seine ökologische Steuerungsfähigkeit auf Null, da sie nicht dauerhaft den Preis für Treibhausgasemissionen nach oben treiben (denn dies wäre ein Grund, damit aufzuhören); schon heute werden in mehr als 80 Prozent aller Käufe und Verkäufe auf diesen Märkten gar keine tatsächlichen Emissionsrechte gehandelt, sondern sogenannte «Derivate», also gerade diejenigen undurchsichtigen Finanzinstrumente, die eine zentrale Rolle in der Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre gespielt haben. Dementsprechend kommentiert eine Institution wie die Deutsche Bank den Emissionshandel kurz mit dem lakonischen Urteil, dass er zwar spannende neue Profitmöglichkeiten biete, aber kaum das Klima retten werde.³

DIE REDUKTIONSZIELE

Auch hier kann sich trefflich gestritten werden. Weniger darüber, ob die in der ersten Phase des Protokolls gesetzten Ziele ausreichend ambitioniert waren, sondern darüber, ob diese selbstgesteckten Ziele wirklich erreicht wurden. Befürworter_innen des KP und ökochauvinistische Europäer_innen argumentieren an dieser Stelle gerne, dass es sicherlich Länder gibt, die ihre Verpflichtungen ignoriert haben (an dieser Stelle wird dann gerne Kanada erwähnt), dass aber vor allem in Europa durchaus Emissionen reduziert wurden, sei es in Großbritannien oder in der Bundesrepublik. Dagegen wird dann gesetzt, dass diese Reduktionen, gemessen am Ort, wo Waren produziert werden, drastisch schrumpfen oder sich sogar ins Gegenteil verkehren würden, wenn nicht am

Produktions-, sondern am Konsumtionsstandort gezählt würde. Mit anderen Worten: wenn Fabriken in Pakistan oder China Waren produzieren, die vor 15 Jahren noch in der BRD produziert wurden aber weiterhin konsumiert werden, sind dann Emissionen reduziert worden? Dieser «rich country illusion»-Effekt (Tilman Santarius) ist so stark, dass er – je nach Messart – fast alle scheinbar unter dem KP vorgenommenen Emissionsreduktionen zunichte macht.

ADAPTIONSFINANZIERUNG

Bisher ging es nur darum, was im Jargon der Klimaverhandlungen «Mitigation» heißt, also um Versuche, Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Gleichzeitig wissen wir zwei Dinge. Erstens, dass es jetzt schon Klimawandel gibt, und dass er, zweitens, wegen der Zeitverzögerung, mit der heute emittiertes Kohlendioxid in der Atmosphäre erwärmend wirkt (ca. 50 Jahre), auch noch deutlich schlimmer werden wird. Die verschiedenen Anpassungsmaßnahmen an diese Tatsache – z.B. der Bau einer neuen Bewässerungsanlage weil der alte Brunnen aufgrund von Temperaturanstiegen ausgetrocknet ist – firmieren unter dem Oberbegriff «Adaption». Und Adaption kostet Geld. Geld, das viele Länder im globalen Süden nicht haben. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, denn diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben – der globale Süden im weiteren Sinne – die also am wenigsten vom industriell-fossilistischen Wachstum profitiert haben, sind gleichzeitig diejenigen, die am meisten unter seinen Folgen leiden. Umgekehrt profitiert der Norden heute noch davon, dass er Jahrhunderte lang Raubbau an der Umwelt betrieben hat. Wie groß die sich daraus ergebenden «Umweltschulden» des Nordens an den Süden sind, darüber wird nun trefflich gestritten (auch darüber, ob sie überhaupt quantifizierbar sind). Bei den meisten Akteuren herrscht allerdings Einigkeit darüber, dass die aus ganz elementaren Gerechtigkeitsprinzipien abgeleitete notwendige Position die ist, dass der Norden die (historisch von ihm verschuldeten) Adaptionen des Südens zumindest teilweise bezahlen sollte. Zu diesem Ziel sollte der «Green Climate Fund» eingerichtet werden, eine Art Internationaler Währungsfonds für das Klima. Es sollte nun niemanden überraschen, dass über alle wichtigen Details dieses Fonds – wieviel Geld ist drin, woher kommt dieses Geld, wer kontrolliert es, wer bekommt es, unter welchen Bedingungen etc. – viel gestritten wurde.

KLIMAGERECHTIGKEIT:

ES GEHT UM DIE GROSSEN FRAGEN!

Der Ritt durch die Details der Klimaverhandlungen könnte noch mehrere Seiten fortgeführt werden. Mehr noch, ganze Bibliotheken können damit gefüllt werden. Adaption, Mitigation, «Monitoring-Reporting-Verification» (die Frage, wer wie welche Emissionsreduktionen berichtet und wer dies verifiziert und überprüft), 1990 als Ausgangsjahr oder doch 2005: die Menge und der Umfang an Details ist kaum zu überblicken und noch schwieriger zu verstehen, vor allem für Laien. Deshalb lohnt es sich, an dieser Stelle einen Schnitt zu machen und eine übergeordnete Frage zu stellen. Geht es

² Auch in der nächsten Phase des *europäischen* Emissionshandelssystems, die 2013 beginnt, werden der Hälfte aller Wirtschaftssektoren die Emissionsrechte gratis zugeteilt werden (<http://www.tni.org/primer/carbon-trading#euoverallocation>). ³ http://www.theecologist.org/News/news_round_up/348754/carbon_markets_not_working_says_deutsche_bank.html

wirklich um die Details? Natürlich, so könnte man nun einwenden, geht es in der konkreten Ausgestaltung eines jeden Vertragswerkes um die Details. Bei den Klimaverhandlungen aber, so die These, lenkt die übermäßige Beschäftigung mit immer neuen Detailfragen von der Beschäftigung mit dem Großen und Ganzen ab.

Worin besteht dieses Große, Ganze? In der Beantwortung von zwei Fragen. Erstens: Einigen sich die Klimaverhandler_innen auf ausreichend drastische Emissionsreduktionen? Und zweitens: Werden diese Reduktionen sowie notwendige Adaptionsmaßnahmen gerecht finanziert?

EMISSIONSREDUKTIONEN? FEHLANZEIGE

Seit der Unterzeichnung der UN-Klimarahmenkonvention (1992), seit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls (2005) sind globale Treibhausgasemissionen nicht nur gestiegen, sie sind schneller gestiegen, als in den Jahren davor. Natürlich steigen sie nicht *wegen* der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls – aber sie steigen zumindest *trotz* dieser Verträge, was deren Effektivität als Klimaschutzinstrument deutlich in Frage stellt. Die wenigen Emissionsreduktionen, die in den Annex-1 Staaten tatsächlich stattgefunden haben, lassen sich wohl zum Großteil auf Deindustrialisierung zurückführen, also auf das Abwandern oder Absterben «dreckiger Industrien» (wie in Großbritannien, der Bundesrepublik oder dem ehemaligen Ostblock). Schon Wochen vor dem Ende der Verhandlungen in Durban werden allenthalben Erwartungen nach unten massiert. «Die Regierungen der reichsten Länder der Welt haben den Versuch aufgegeben, sich auf ein Klimaschutzabkommen zu einigen, das noch dieses Jahrzehnt in Kraft treten würde», so Fiona Harvey im britischen *Guardian*.⁴ Die 17. Weltklimakonferenz wird, von der zentralen Frage der ökologisch relevanten Emissionsreduktionen ausgehend, ein Desaster. Will sagen, niemand, kein einziges Land schlägt angesichts der eskalierenden Klimakrise ernsthafte Reduktionen vor. Von derselben Perspektive aus betrachtet waren auch die vorhergehenden 16 Weltklimakonferenzen totale Flops. Kurz, die ersten 16 COPs scheiterten, die 17. wird scheitern und auch die nächsten werden scheitern. Wer weiterhin die Hoffnungstrummel rührt, verhält sich fahrlässig. Warum ist das so? Wenn man der oft atem- und nicht selten planlosen Diskussion über das Scheitern eines Klimagipfels nach dem anderen lauscht, drängt sich manchmal der Eindruck auf, dass die Kommentator_innen den Wald nicht vor den Bäumen sehen. Oft und gerne wurde über «die Amerikaner» geschimpft, die ach-so-uneinsichtig seien – das wird dann gerne mit dem Zitat von US-Präsident George H.W. Bush (1988–1992) unterlegt, der auf dem 1992er Erdgipfel in Rio de Janeiro verkündete, dass der US-amerikanische Lebensstandard «nicht verhandelbar» sei. Gerne wird auf Saudi-Arabien und seinen Öl-Lobbyismus geschimpft, mal auf Kanada und seine reaktionären Regierungen, aber der Lieblingssport der COP-Watcher ist seit einigen Jahren das China-Bashing. Aber ist es wirklich eine realistische Annahme, dass das sukzessive Scheitern von 16 Klimagipfeln hintereinander auf die besondere Position einer bestimmten Regierung zurückgeführt werden kann? Macht es Sinn, davon auszugehen, dass bei besserer technischer Ausgestaltung von Instrumenten wie dem Emissionshandel plötzlich eine derart günstige Konstellation von Gewinnern und Verlierern entstehen würde, dass sich mit einem Mal alle bisherigen Widersprüche in Wohlgefallen auflösen?

DES PUDELS KERN: WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND TREIBHAUSGASE

Hier eine Gegenhypothese: das Scheitern der Klimaverhandlungen hat nur wenig mit der konkreten Ausgestaltung von Policyinstrumenten und ebenso wenig mit den Positionen einzelner Regierungen zu tun. Es ist das Resultat eines einfachen Zusammenhanges: zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und Treibhausgasemissionen andererseits. In einer auf fossilen Brennstoffen beruhenden (Welt-)Wirtschaft wird jedes Prozent Wirtschaftswachstum durch den Verbrauch von Öl, Gas, Kohle oder ähnlichen Klimakillern erzeugt. Dieser Zusammenhang besteht schon seit der industriellen Revolution in England, und allen Beteuerungen der Verfechter_innen eines «Grünen Kapitalismus» zum Trotz ist es bisher auch noch nicht möglich gewesen Wirtschaftswachstum von Umweltzerstörung zu entkoppeln. Das lässt sich daran ablesen, dass die einzigen global relevanten Emissionsreduktionen der letzten Jahrzehnte immer nur in Phasen dramatischer wirtschaftlicher Krisen (Ostblock Anfang der 1990er Jahre und die Weltwirtschaftskrise 2008-2009 zu verzeichnen waren).⁵ Solange dieser empirische Zusammenhang also besteht, bedeuten Reduktionen von Treibhausgasen gleichzeitig Reduktionen des Wirtschaftswachstums. Und in einer Situation eskalierender sozialer Konflikte auf der nationalstaatlichen Ebene sowie eskalierender «Standortkonflikte» und Verschiebungen in globalen Machtgefügen wird kaum eine Regierung vordreschen und eben jene Emissionsreduktionen «auf den Tisch legen», also in den Verhandlungen anbieten, von denen bekannt ist, dass sie notwendig sind, um die Chancen eines galoppierenden Klimachaos zumindest unter 50 Prozent zu halten. In diesem Widerspruch ist jede Regierung gefangen, und auch die sich so fortschrittlich gerierende Bundesregierung unter «Klimakönigin» Merkel, die sich gerne hinter den reaktionären Positionen der angeblichen «Bremsen» versteckt, ist im Zweifelsfall eine «Autoregierung», wie der COP14-Gipfel im polnischen Poznan einmal wieder zeigte. Während in Poznan selbst die Bundesregierung den anderen Regierungen die ambitionierten Klimaziele der EU referierte, torpedierte sie in den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen in Brüssel eben diese Klimaziele. Warum? Weil es um das Wohl der deutschen Autoindustrie und mithin um Wachstum und um Arbeitsplätze geht.⁶

MONEY, MONEY, MONEY ...

Eigentlich könnten die globalen Klimaverhandlungen damit schon zu den Akten gelegt werden. Ein Klimagipfel, der das Klima nicht schützt, ist kein sehr guter Klimagipfel. Aber wie schon dargelegt, geht es in der Klimapolitik nicht nur um «Mitigation», sondern auch um «Adaption». Die Frage der Adaptionsfinanzierung stellt mithin das zweite zentrale Auseinandersetzungsfeld in den COPs dar. Und jenseits der Details, wer genau wieviel Geld unter welchen Umständen an wen zahlt, stellt sich auch hier wieder eine große Frage: Erkennt der Norden seine enorme historische ökologische Schuld an und beginnt, dafür angemessene Reparationen zu leisten? Nein. Als unter Führung der amerikanischen Delegation auf

⁴ <http://www.guardian.co.uk/environment/2011/nov/20/rich-nations-give-up-climate-treaty> ⁵ Dazu ausführlicher: Tazio Müller und Alexis Passadakis, «Green Capitalism and the Climate: It's Economic Growth, Stupid!», *Critical Currents* 6. ⁶ <http://www.spiegel.de/international/0,1518,595362,00.html>

der COP15 in Kopenhagen das Kyoto-Protokoll im Prinzip beerdigt wurde, wurde versucht, dies den «Entwicklungsländern» dadurch schmackhaft zu machen, dass ihnen 100 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen (d. h., nicht aus schon budgetierten «Entwicklungshilfe»-Geldern stammenden) Mitteln bis Ende dieses Jahrzehnts versprochen wurden. Nun wird darüber gestritten, wie der «Green Climate Fund», der diese Gelder verteilen soll, genauer ausgestaltet werden soll. Ob also die Gelder nur unter Bedingungen vergeben werden, ob die Gelder darin wirklich zusätzlich sind usw. Aber das geht schon wieder am Thema vorbei. Erstens, wer im globalen Norden die Frage stellt, unter welchen Bedingungen und an genau wen diese Gelder in den Süden fließen sollten, hat die Situation noch nicht verstanden. Wir reden hier von der *Rückzahlung* eines enormen *Kredits*. Mehrere hundert Jahre exponentielles Wachstum durch Überausbeutung globaler Ressourcen, durch Raub, durch die langfristige Okkupation dessen, was oft als «globaler Umweltraum» bezeichnet wird. Der Norden hat zu zahlen, und – das muss in diesem Fall ganz klar sein – hat in der Diskussion über die Nutzung der Mittel nichts zu melden. Zweitens, 100 Milliarden US-Dollar in knapp zehn Jahren von allen Annex-1 Ländern? Man muss nicht notwendigerweise den Argumenten des alternativen Klimagipfels in Cochabamba, Bolivien, folgen, wo vorgeschlagen wurde, der Norden solle jedes Jahr sechs Prozent seines BIP in den Süden transferieren, um einzusehen, dass dies eine lächerliche Summe ist in einer Welt, in der über Nacht Finanzmärkte mit 700 Milliarden US-Dollar gerettet werden können. Ängste von links, diese Gelder würden vermutlich angesichts derzeitiger Kräftekonstellationen eher «von unten» als «von oben» genommen werden, sind mit Sicherheit angebracht, ändern aber an der moralischen Verpflichtung «des Nordens» nur wenig. Nun hat sich in den letzten Tagen aber auch diese Diskussion erledigt: die USA, deren Außenministerin Clinton die 100 Milliarden US-Dollar in Kopenhagen noch vorgeschlagen haben, machen mal wieder einen Rückzieher,⁷ assistiert von Saudi Arabien, hinter dem sich mal wieder alle anderen Staaten des Nordens verstecken können. In Durban wird sich nicht nur nicht auf eine angemessene Rückzahlung der ökologischen Schulden geeinigt werden, die dem Süden geschuldet werden – nein, die UN-Klimarahmenkonvention ist derart irrelevant, dass sich dort nicht mal darauf geeinigt werden kann, *den Anschein zu erwecken*, dies zu tun.

UND WAS BLEIBT AM ENDE?

Eigentlich gar nichts, bis auf die Gewissheit, dass die Klimakrise immer schneller eskaliert. Der Begriff der «Klimagerechtigkeit» ist zwar mittlerweile von seinen Wurzeln in radikalen sozialen Bewegungen gekappt und zum umkämpften Label sehr unterschiedlicher Klimakampagnen geworden, aber die Mindestdefinition ist wohl, dass Klimagerechtigkeit darin besteht, drastische Emissionsreduktionen so schnell wie möglich zu erreichen, und dies zu tun, ohne die ohnehin schon Benachteiligten noch weiter zu benachteiligen. In Durban wird nichts dergleichen beschlossen werden. Und wenn nun in der EU, in Japan sowie in der UN-Klimarahmenkonvention selbst fabuliert wird, dass sich die «internationale Staatengemeinschaft» unter Umständen bis 2016 auf ein Abkommen einigen könnte, dass dann 2020 in Kraft treten könnte, dann verkennt diese Hoffnung zweierlei Fakten. Erstens, dass das

Zeitfenster für effektiven Klimaschutz immer schmaler wird. Die ehemals klimawandelskeptische *Internationale Energieagentur* veranschlagt noch fünf Jahre, innerhalb derer «Emissionen drastisch gesenkt» werden müssen.⁸ Und zweitens, dass sich auch in fünf Jahren auf nichts geeinigt werden wird, weil die fundamentalen Fakten sich nicht geändert haben werden. Bis dahin wird vermutlich jedes Jahr wieder der selbe Konferenzkirkus durchgeführt werden, dieselben Diskussionen, nur mit anderen Details geführt werden. Wenn sich die Geschichte immer wiederholt, das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce – was müssen wir dann über die 17. Wiederholung sagen?

NACHTRAG: GEGEN DIE HOFFNUNGSLOSIGKEIT

Wer von links über den Klimawandel nachdenkt, muss den folgenden intellektuellen Spagat aushalten können. Einerseits muss eingesehen werden, dass darin eine Gefahr ungekannten Ausmaßes für die Menschheit und vor allem für die Ärmsten liegt, und dass das, was offiziell als «Klimapolitik» bezeichnet wird, meist wenig mehr ist als Augenwischerei im besten Falle, Verblendung im schlimmsten Falle. Andererseits muss man wissen, dass Klimaschutz trotzdem stattfindet, nämlich in den Kämpfen für eine Energiewende, die nicht nur in Deutschland, sondern global immer weiter eskalieren werden. Er findet statt in den Kämpfen gegen die Freihandelspolitik der Welthandelsorganisation, in den Kämpfen gegen die Macht der Banken und Finanzmärkte (die Deutsche Bank ist weltweit der größte private Investor in Kohleförderung). Klimaschutz kommt in vielen Farben und Formen daher, und es gibt ihn auch in Durban, in der von starken sozialen Bewegungen getragenen «dirty energy week», in der umwelt- und gesundheitszerstörende Energiegewinnung thematisiert wird. Innen drin, beim Gipfel selbst, wird vieles passieren – nur kein Klimaschutz.

Tadzio Müller ist Referent für Klima- und Energiepolitik bei der Rosa Luxemburg Stiftung, seit mehreren Jahren in der Bewegung für Klimagerechtigkeit aktiv und in der klima- und energiepolitischen Gruppe gegenstromberlin organisiert.

⁷ <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/95d58012-16c2-11e1-bc1d-00144feabdc0.html#axzz1daAvHD8N> ⁸ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,15522983,00.html>. Zur umstrittenen Frage des «Zeitfensters»: natürlich ist Klimaschutz immer eine gute Idee, egal ob jetzt, in fünf, zehn oder zwanzig Jahren. Diese sehr ungenauen Berechnungen beziehen sich auf die Tatsache, dass das globale Klima ein sog. «komplexes System» ist, das einerseits «stabile», andererseits «chaotische» Zustände hat. Der Großteil dessen, was wir heute als die Geschichte der Menschheit kennen (vor allem der sesshaften Landwirtschaft), fand in einem Zeitfenster statt, in dem das globale Klima relativ stabil war. Wenn bestimmte «Kippunkte» im Klimasystem überschritten werden, kann es sein, dass es diesen stabilen Zustand verlässt, und in eine unbestimmt lange Phase des «Klimachaos» eintritt – mit zweifellos verheerenden Konsequenzen für alle, aber vor allem für die Ärmsten auf der Welt. Das genannte Zeitfenster ist ein Schätzwert, nach dem es immer unwahrscheinlicher wird, dass diese Kippunkte vermieden werden können.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434
Fax -122 · thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE 39/2011: Nov. 2011